

Interview

"Kein Grund, die verfassungsrechtliche Trennung aufzuheben"



DP sprach mit Hermann Lutz, ehemaliger GdP-Vorsitzender und Mitglied der Bundeswehrkommission.

Die Kommission "Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr" untersucht seit Mai 1999, wie die Streitkräfte künftig ihre Aufgaben im Rahmen umfassender Sicherheitspolitik wahrnehmen können. Ihr Bericht, die "Empfehlungen für eine künftige Bundeswehrstruktur", soll Aussagen über die Aufgabenzuordnung, Umfang, Wehrform, Ausbildung und Ausrüstung einschließen und wurde vor wenigen Tagen vorgelegt. Schon im Vorfeld gab es Streit um die Zukunft der Streitkräfte. Auch innerhalb der Kommission, die Bundespräsident a. D. Dr. Richard Freiherr von Weizsäcker leitet, kam es zu heftigen Diskussionen. Unter den 19 Mitgliedern ist auch ein Polizist: Hermann Lutz, ehemaliger Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei und amtierender Präsident der Union Internationale de Syndicats de Police (UISP). Mit ihm sprachen der verantwortliche Redakteur von DEUTSCHE POLIZEI, Adalbert Halt und der Pressesprecher der GdP, Rüdiger Holecek.

DP: In einer Bestandsaufnahme des Bundesverteidigungsministers unter dem Titel "Die Bundeswehr an der Schwelle zum 21. Jahrhundert" heißt es: Bereits heute sind Menschen, Waffen, Rauschgifthandel, Schutzgelderpressung und Wirtschaftsverbrechen in Europa an der Tagesordnung. Und weiter: Migrationen, Flüchtlingsströme, die Gefahr von politischem Extremismus oder religiösem Fanatismus, dies alles soll eine internationale Sicherheitslage skizzieren, mit der sich die Bundeswehr auseinandersetzen soll. Wird die Bundeswehr künftig also auch Kriminalität bekämpfen und sitzt deshalb ein prominenter Polizeibeamter in der Wehrkommission?

Hermann Lutz: Es ist ja nicht das erste Mal, dass aus den Reihen der Politik so genannte Pragmatiker Vorschläge gemacht haben wie zum Beispiel, Personal aus dem Bereich des Mittleren Dienstes der Bundeswehr, also Feldwebeldienstgrade, in die Polizei zu übernehmen oder ähnliches. Wir haben uns auch mit den jüngsten Vorschlägen, den nichtmilitärischen Risiken in einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung zu begegnen, in der Kommission beschäftigt. Es gibt Politiker - vor allem Haushälter -, die der Meinung sein könnten, dass, wenn wir Krisenreaktionskräfte bei der Bundeswehr in Zukunft in einer größeren Zahl haben und diese Kräfte nicht gebraucht werden, könnten sie ihr polizeiliches Know-how durchaus in den Dienst der polizeilichen Aufgabenerfüllung stellen. Wir haben darüber mit dem Bundesinnenminister, dem Bundesverteidigungsminister, mit Verfassungsrechtlern und anderen Fachleuten diskutiert und sind übereinstimmend zu dem Ergebnis gekommen, dass es keinen Grund gibt, die verfassungsrechtliche Trennung zwischen Polizei und Bundeswehr aufzuheben - nicht nur wegen der historischen Bedeutung dieser Trennung zwischen Polizei und Militär.

DP: Auf dieser Trennung bestehen wir sowohl im Inland als auch bei Auslandseinsätzen?

Hermann Lutz: Das kann man so nicht sagen. Das Einzige, was absolut klar ist, ist die Zuständigkeit unseres Grundgesetzes auf unserem Staatsgebiet. Wenn ein Einsatz unter dem Mandat der UNO auf einem anderen Staatsgebiet erfolgt, kann die UNO durchaus in diesem Bereich Ausnahmen zulassen und kann Regelungen finden, dass im Anschluss an einen militärischen Einsatz die Bundeswehr durchaus auch Ordnungsaufgaben im Verbund mit anderen Kontingenten im Rahmen eines UNO-Mandates wahrnehmen kann. Es kann in Krisengebieten in Übergangsphasen auch eine Kombination

von Polizei und Bundeswehr geben.

DP: Eine solche Verzahnung wird im Kosovo ja schon geübt. Liegt da nicht die Gefahr nahe, dass dies auch im Bundesgebiet ausprobiert werden könnte?

Hermann Lutz: Das ist ja genau die Frage, mit der wir uns herumschlagen: Wenn wir dann schon Militär haben, das über polizeiliche Fähigkeiten verfügt, warum sollen wir die Leute nicht auch zu Hause beschäftigen, wenn es eben vorübergehend mal keine Aufgaben im Ausland gibt. Schließlich bezahlen wir sie ja dafür.

DP: Und wie beantwortet die Kommission diese Frage?

Hermann Lutz: Diese Frage haben wir in der Form nicht konkret in das Papier hineingeschrieben, sondern wir gehen davon aus, dass die nichtmilitärischen Risiken nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundeswehr gehören. Dazu gehören unter anderem die Migrationsbewegungen und die Bekämpfung der grenzüberschreitenden organisierten Kriminalität.

DP: Ältere Demokratien als die unsere praktizieren eine engere Verzahnung zwischen den Streitkräften und der Polizei, ohne dass Zweifel an der Rechtsstaatlichkeit dieser Länder laut werden. Ist das strikte Trennungsgebot von Polizei und Bundeswehr nicht vielleicht auch ein alter Zopf?

Hermann Lutz: Ist unser Trennungsgebot ein alter Zopf oder ist das, was andere machen, indem sie Polizei und Militär vermischen, nicht ein alter Zopf? In Europa stehen rund 280.000 Polizisten unter der Zuständigkeit von Verteidigungsministern. Das hat auch gesellschaftspolitische Konsequenzen und viele Konfliktherde. Man darf nicht vergessen, dass zum Militär das Prinzip von Befehl und Gehorsam gehört. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland sehr gut damit gefahren, dass wir bei der Polizei andere Führungsprinzipien haben. Nicht zuletzt deshalb ist das Ansehen der Polizei in unserer Bevölkerung sehr hoch.

DP: Auch das Ansehen der Bundeswehr ist sehr hoch.

Hermann Lutz: Eben weil jeder auf seinem Gebiet und in seiner Zuständigkeit das Beste leistet. Bei einer Vermischung würden beide Institutionen verlieren.

DP: Wenn die Bundeswehr bei Auslandseinsätzen Polizeiaufgaben übernehmen soll, muss sie das polizeiliche Handwerk lernen. Müssen also die Bundesländer ihre Polizeischulen künftig für Bundeswehrangehörige öffnen?

Hermann Lutz: Nein, das wird mit Sicherheit nicht geschehen. Die Bundeswehr hat heute bereits Krisenreaktionskräfte. Diese Krisenreaktionskräfte sammeln Erfahrungen. Ich kann nur mit Hochachtung sagen, die Bundeswehr ist alles andere als von gestern und hat hochqualifizierte Fachleute und hervorragende Ausbildungssysteme. Das können die durchaus alleine.

DP: Warum muss es bei Auslandseinsätzen überhaupt dazu kommen, dass Militär Polizeiaufgaben wahrnimmt?

Hermann Lutz: Wir haben das beste Beispiel im Kosovo - da ist noch so viel Waffenpotential vorhanden, dass es dort ein hohes Risiko wäre, wenn ausschließlich Polizei mit den Mitteln, die eine zivile Polizei hat, eingesetzt würde. Deswegen bedarf es einfach einer Kombination von Polizei und Militär. Das kann heißen, entweder dass beide unter einer Führung stehen, oder dass Militär und Polizei zusammenarbeiten, wie das heute dort geschieht. Oder aber die Polizei müsste aufgerüstet werden - so nach Art der amerikanischen Nationalgarde - und das wollen wir nicht.

DP: Machen die Kriseninterventionskräfte künftig den Einsatz der Polizei in Krisengebieten überflüssig?

Hermann Lutz: Nein, auf gar keinen Fall.

DP: Nun arbeiten in Krisengebieten nicht nur so unterschiedliche Institutionen zusammen wie Polizei und Militär, sondern Polizei und Militär aus den unterschiedlichsten Weltgegenden. Ist es da nicht fast unmöglich, gemeinsame Standards zu erreichen?

Hermann Lutz: Auch mit diesen Fragen müssen sich die Demokratien der westlichen Länder beschäftigen. Ich zum Beispiel habe kein Verständnis dafür, dass ein europäischer Polizist, nur weil irgendjemand aus dem Senegal auch im Kosovo eingesetzt wird, noch mal Schießübungen machen und vorübergehend seine Pistole abgeben muss. Die Achtung gegenüber demjenigen, der eine dreijährige intensive Ausbildung absolviert und vielleicht schon zehn Berufsjahre auf dem Buckel hat, gebietet es, dass er im Missionsgebiet nicht noch unter Beweis stellen muss, dass er auch Auto fahren kann.

DP: Sollten auch künftig alle UNO-Polizeikontingente überall tätig werden oder wäre es denkbar, dass in den aktuellen Missionsgebieten Bosnien-Herzegowina, Albanien und Kosovo nur europäische Polizei-Kontingente Dienst tun?

Hermann Lutz: Ich halte das für eine wesentliche Erleichterung im Sinne eines gleichen Verständnisses von Polizeiarbeit, was ja Grundlage ist für den Erfolg. Was hilft es mir, wenn jemand woanders eine andere Kultur im Umgang mit Menschen hat, die in Europa befremden würde. Ich würde mir wünschen, dass wir in Europa in der Fortentwicklung des Gemeinschaftsgedankens die Fähigkeit haben, nationale Kontingente innerhalb der Polizeien, der Nationalstaaten so weit zu entwickeln, dass sie innerhalb kürzester Zeit durch eine spezielle Lageeinweisung die Fähigkeit besitzen, eben dort polizeiliche Aufgaben wahrzunehmen, wo sie gebraucht werden. Ich würde es auch auf Europa beschränken und nicht sagen, wir müssen Weltpolizisten werden, irgendwo in Afrika, in Asien oder sonstwo. Jeder Kontinent sollte in Zukunft eine starke Eigenverantwortung innerhalb der UNO haben, dies wäre auch eine wesentliche politische Erleichterung für die Entscheidung, Menschen in ein Krisengebiet zu schicken. Wenn ich in Europa helfe, dann dort, wo wir Nachbarn haben, und so, dass eine gleiche Kultur, auch eine vergleichbare politische Kultur entsteht. Es gibt relativ wenig Verständnis, wenn ich heute Polizisten in ferne Krisengebiete nach Afghanistan oder nach Indien oder nach China schicken würde.

DP: Also keine deutschen Polizisten nach Ost-Timor?

Hermann Lutz: Nein, davon halte ich nichts. Es mag im Einzelfall einmal vielleicht einen Hilfsdienst im weiteren Sinne geben, wo man sich nicht ausschließen kann. Und die Weltgemeinschaft muss sich überlegen, welche Kräfte sie zu welchen Bedingungen wohin schickt. Auch müssen bestimmte Standards eingehalten werden.

DP: Wenn du in diesem Sinne von Europa sprichst, geht es dann bis zum Ural?

Hermann Lutz: Ja, das ist natürlich sicher die Zukunft. Früher hat Europa für uns fast schon an der deutschen Grenze aufgehört, weil es eine unterschiedliche Kultur gab, auch in der Frage von Polizei. Denn wer Organ der bewaffneten Macht war in der DDR oder in Ost-Europa Polizist, hatte auch nicht diese Spielräume der Angemessenheit, die ein Polizist in westlichen Demokratien hatte. Und deswegen müssen wir Zug um Zug auch dies in Osteuropa entwickeln, was wir nach der Einheit bei uns geschafft haben. Hier haben wir heute Polizisten, die fachlich qualifiziert, demokratisch legitimiert und menschlich geeignet sind, mit den Bürgern umzugehen. Wir haben Schwellenländer, die demnächst Bestandteil dieser EU sind. Wollen wir wirklich die Arroganz haben und sagen: Die schließen wir alle aus, weil wir schon ein Stückchen weiter sind? Ich glaube, dass hier Hilfestellungen auch beispielgebend sein können für eine neue Kultur, dabei weiß ich auch, dass die Ukraine zum Beispiel in einem Zustand ist, wo die Polizisten teilweise Bestandteil der organisierten Kriminalität sind, und zwar einfach deswegen, weil sie kaum Gehalt bekommen und darauf oft Monate verzichten müssen. Sie müssen sehen, wovon sie ihre Familien ernähren.

DP: Zurück zu den Empfehlungen der Kommission. Welches Gewicht haben sie?

Hermann Lutz: Die Bundesregierung ist natürlich unabhängig. Sie entscheidet, ob sie diese Vorschläge annimmt oder nicht annimmt. Aber auch diejenigen in der Kommission, die politische Verantwortung haben, wie auch Bundesverteidigungsminister Scharping, haben in der Frage des Trennungsgebotes von Polizei und Militär keinen Zweifel an seiner Notwendigkeit gelassen. Was da im Sinne des Vordenkens in der Bundeswehr, an der Führungsakademie oder in bestimmten Zirkeln der Bundeswehr erfolgt ist, wird nicht Maßstab des politischen Handelns werden. Deswegen gehe ich davon aus, dass auch die Sozialdemokratie aus ihrer Geschichte weiterhin für eine Trennung steht.

DP: Wir danken für das Gespräch.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 6/2000)